Polnische Blätter

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 1., 10. u. 20. jeden Monats.

Heft 51. VI. BAND 20. Februar 1917.

INHALT:

Einzelpreis: 40 Pf. — Vierteljährlich: M. 3,50.

Verlag der „Polnischen Blätter"
Berlin Charlottenburg, Schlüterstr. 28.

Die Polnischen Blätter

erscheinen am 1., 10. u. 20. jeden Monats

Bezugspreis (bei der Post und beim Verlag):

vierteljährlich: M. 3,50. — Einzelheft: 40 Pfennig.

Insertionspreis: 1/1 S. 50 M. 1/2 S. 25 M.

Alle **redaktionellen** Sendungen sind zu richten:

W. Feldman, Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28

Fernspr.: Steinplatz 9923.

Unverlangten Manuskripten ist Rückporto beizufügen.

Nr. 51. 20. Februar 1917.

POLNISCHE BLÄTTER

Im Uebergangsstadium.

Für volle Naturen, für vorwärtsdrängende, schaffensfreudige Männer gibt es nichts Unangenehmeres, als das Ausharren in einem Uebergangsstadium. Ein grosses Ziel vor den Augen, brennenden Tatendrang in der Brust — und die Wirklichkeit grau, aus praktischer Kleinarbeit gebildet, ohne Schwung und Klang, auf das Wegräumen von Hindernissen und die Vorbereitung all dieser Tausenden von Rädern und Räderchen gerichtet, ohne die ein grosses Werk nicht ins Leben gerufen werden kann. Die Spannung der Nerven steigt bei Kraftnaturen bis ins Unerträgliche, es entsteht der bekannte Zustand der Ungeduld, der über die Gegenwart zum grossen Ziele wegstürmen möchte, und wenn es so rasch nicht geht, dann sehr oft in den traurigsten Pessimismus verfällt.

Im Uebergangsstadium befindet sich gegenwärtig Polen und wir selber gehören auch zu den Ungeduldigen und Unzufriedenen. Unser politisches Streben, unser Ehrgeiz ging dahin, so bald wie möglich seitens des polnischen Staates eine polnische Grosstat geschaffen zu sehen, — sagen wir offen, in der Form einer starken Nationalarmee, die in der erhofften Frühlingsoffensive gegen Russland ihren Mann stehen sollte. Dieser Wunsch ist seiner Erfüllung noch nicht nahe — in Polen dauert das entnervende Uebergangsstadium fort.

Wir gehören nicht zum Typus des in Wien so wohlbekannten, sogenannten „Beschwichtigungshofrates", dessen Aufgabe es ist, jede Wirklichkeit zu beschönigen, über jede Spalte eine Brücke, sei es auch aus Spinn-

geweben, zu bauen. Desto mehr müssen wir uns vor der entgegengesetzten Richtung, vor dem Pessimismus hüten. Nein, zum Pessimismus haben wir wahrlich keinen Grund. In Polen geht es vorwärts. In den Departements des Staatsrates wird fleissig gearbeitet, soweit eine Arbeit möglich ist; es muss doch berücksichtigt werden, dass dem Staatsrat bis jetzt kein Recht zusteht, Geldmittel für seinen Arbeitsapparat auf dem Wege der Steueraushebung zu beschaffen. Um den Staatsrat schaaren sich mit zunehmender Solidarität die breitesten Volksmassen und Volksschichten. Die Kundgebungen seitens Gemeindevertretungen und öffentlicher Körperschaften, die in dem Staatsrat eine nationale Regierung anerkennen, würden einen stattlichen Band füllen. Im Vergleich zu der Anzahl der Stadtverordnetenversammlungen, die sich dem Staatsrat untergeordnet haben, — es befinden sich unter denselben die grössten beider Okkupationsgebiete — ist die Zahl der abwartenden, passiven verschwindend gering. „Die ganze Nation“, erklärte jüngst der Bürgermeister von Warschau, Herr Chmielewski, einem Berichterstatter der „Neuen freien Presse“, „würde fast ohne Ausnahme die Rückkehr der Russen als eine Katastrophe empfinden. Hieraus ergibt sich unser Verhältnis zu den Mittelmächten. Es gibt da keine prinzipielle Meinungsverschiedenheiten, nur lediglich taktische, und die sind mehr Sache des Temperaments, als der politischen Programme. Aber auch diese Meinungsverschiedenheiten verringern sich stets und werden sich immer mehr verringern, je mehr der polnische Staat als lebendige, reale Konstruktion auferstehen wird.“ — „Die erste Tat“, erklärte Herr Bürgermeister Chmielewski ferner, „die das Land vom Staatsrat erwartet, ist die Bildung der polnischen Wehrmacht, welche gestützt auf die heldenmütigen, mit grösster Liebe und Achtung umgebenen Legionen, den Grundstock der künftigen regulären, auf allgemeiner Wehrpflicht beruhenden polnischen Armee bilden wird“.

Jeder Tag bringt neue Beweise, dass der Bürgermeister der Hauptstadt Polens im Namen der grossen Majorität seiner Landsleute gesprochen hat. Nicht ohne Rührung lasen wir kürzlich, dass die allerjüngsten, auf die es ankommt, die Schülerdelegierten der höheren Klassen sämtlicher Mittelschulen in Warschau an ihre Schulbehörden ein Gesuch eingereicht haben, mit der Bitte, ihnen den Eintritt in die polnische Armee zu erleichtern. Einen gleichen Beschluss fasste auch die Schuljugend der grössten Hauptstadt des österreichisch-ungarischen Okkupationsgebietes, Lublin. Als leuchtendes Beispiel dient der Schuljugend das Vorbild des Professorenkollegiums beider Warschauer polnischer Hochschulen, das sich in corpore der Heereskommission des Staatsrates zur Verfügung gestellt hat. Grosse Volksversammlungen der bäuerlichen Volkspartei und des gröstenteils aus Arbeitern bestehenden Zentralen Nationalkomitees vertreten die Forderung des freiwilligen Eintritts in die Armee. Manche gehen weiter: in öffentlichen Versammlungen, (die letzte wurde vor kurzem durch den Klub der polnischen Staatlichkeit einberufen), erklärt man sich für die Zwangsaushebung. Besonders populär ist diese Idee in manchen Kreisen der Bauernschaft, was mit der Bauernpsychologie zusammenhängt, die nur einem Befehl gehorcht.

Wir möchten uns versagen, noch weitere Beweise und Belege für diese Stimmung anzuhäufen und können mit ruhigem Gewissen versichern, dass der entscheidende, politisch am meisten aktive Teil des Polenlandes nicht nur für die polnische Tat — wie es dort genannt wird — eintritt, sondern geradezu ungeduldig wird und mit der grössten Spannung dem Aufruf des Polnischen Staatsrates entgegensieht, der unsere Jugend unter die nationalen Fahnen einberufen soll.

Woher also die Zögerung? Warum hat sich die aufgesammelte Spannung noch nicht in eine Tat entladen?

Es sind eben die Schwierigkeiten des Uebergangs-

stadiums, die viel, — unserer Meinung nach zu viel — Zeit in Anspruch nehmen. Ferner sind es, wie Bürgermeister Chmielewski betonte, nicht prinzipielle Meinungsverschiedenheiten, sondern nur taktische, und diese sind mehr Sache des Temperaments, als der politischen Programme. Programmunterschiede bestehen nicht. Die Herrscher Deutschlands und Oesterreich-Ungarns haben den polnischen Staat geschaffen und die Polen wollen auch nichts mehr, als diesen Staat zu einem richtigen Staat, zu einem richtigen polnischen Staat herangebildet zu sehen.

Ein Staat und sein wichtigstes Organ, eine Armee lässt sich nicht aus dem Boden stampfen, – besonders ein Staat wie der polnische, der von zwei gleichberechtigten Herrschern geschaffen und von Berlin und Wien abhängig ist, wobei zu jeder Handlung die Parität beider Mächte notwendig ist. Auch die Temperamentsfrage gehört nicht zu den psychologischen Imponderabilien: das polnische und das deutsche Temperament sind so verschieden und so durch den Lauf der Geschichte einander fremd geworden, dass es Zeit braucht, um ein Zusammenpassen, ein Zusammenarbeiten beider zu ermöglichen. Es geht aber und wird gehen. Wir wissen z. B., dass die deutschen Offiziere und Lehrer, die die polnischen Legionäre unterrichten, sich bei den letzteren der grössten Hochachtung erfreuen. Bei der Arbeit lernt man einander am besten kennen. Bevor man aber zur Arbeit schreitet, sind zuvor gewisse Formalitäten, ferner auf Grund des Temperamentes, des nationalen Charakters entstandene Ungleichheiten im Tempo — von eingewurzelten, alten Gewohnheiten und Anschauungen ganz zu schweigen — zu klären und auszugleichen. Und das wird gelingen, dessen sind wir gewiss, wie wir auch sicher sind, dass der Lebensinstinkt der aufeinander angewiesenen Nationen und Staaten die Gemeinschaft Polens und der Zentralmächte zu einem Selbsterhaltungstrieb macht.

Staaten und Armeen lassen sich nicht improvisieren.

Seit Jahren und Monaten ermahnten wir zur Einsicht und zu entsprechenden Vorbereitungen; nun geht es nicht so schnell, wie die beiderseitigen Interessen es eigentlich erfordern, aber zu Pessimismus und zur Resignation sehen wir keinen Anlass. Wir machen leider ein notwendiges Uebergangsstadium durch, statt also sich fruchtlosem Kritisieren hinzugeben, trachten wir lieber danach — jeder in seinem Wirkungskreise — diesen Prozess, den Gang der formellen Verhandlungen zu beschleunigen, aus Temperamentsverschiedenheit fliessende Schwierigkeiten auszugleichen: am grossen Werke positiv mitzuarbeiten.

Die schlimmste Methode wäre diejenige, die von den Nerven diktiert wird. Vergessen wir nicht, dass Jahrhunderte oder mindestens Jahrzehnte den gegenwärtigen Gemütszustand geschaffen haben und dass wir für Jahrzehnte, nein, für Jahrhunderte Arbeit leisten müssen. Wenn ein so besonnener Politiker, wie das Herrenhausmitglied Herr Dr. J. Reinke, in seinem im roten Tag veröffentlichten Aufsatz erinnert, „dass ein Rechtsanspruch der Polen auf das, was die beiden Monarchen ihnen aus freien Stücken geboten haben, keineswegs besteht: dass ein Kelchglas (das Polenprogramm der Zentralmächte) seines Inhalts auch wieder entleert werden kann, und dass Glas ein spröder und zerbrechlicher Stoff ist“ — so müssen wir diese Meinungen tief bedauern, schon aus dem Grunde, weil der Akt der beiden Hohen Bürgen des polnischen Staates kein Glas sein kann, und weil unserem gemeinsamen Feind nichts erwünschter ist, als eben solche verunglückten Vergleiche. Auch die wohlgemeinten Ausführungen des Herausgebers des „Türmer“ gipfeln in dem an die Adresse der Polen gerichteten Zitat „was du dem Augenblicke abgeschlagen, bringt keine Ewigkeit zurück“! Wir müssen wiederholen: Nicht nach einer momentanen Lage, nicht nach Stimmungen oder sogar Interessen eines Augenblicks ist die Polenfrage zu beurteilen!

Positive, schöpferische Mitarbeit verlangt der Tag

— und die Früchte werden gedeihen, wenn auch nicht so rasch, wie vor Allen wir es eben wünschen möchten.

Und wenn sie kommen — so sind es eben reife Früchte.

Neuere Russen-Literatur.

An europäische Verhältnisse gewöhnt, sind wir allzusehr geneigt, den Redeübungen der Duma eine Bedeutung beizumessen, die sie garnicht beanspruchen können. Welchen Eindruck machten auf uns Milukow's Worte in der Schlusssitzung der vorzeitig heimgeschickten Duma: „Die Atmosphäre ist mit Elektrizität geladen, man merkt in der Luft das Herannahen des Gewitters . . . Niemand weiss, wann und wo der Blitz einschlägt." Wir naiven Leute glaubten schon wirklich, dass hinter diesen Worten doch irgend etwas mehr als der blosse Aerger der Auseinandergetriebenen stecken müsste. Nur in Russland selbst blieb dieser „starke Tabak" wirkungslos; man ignoriert diese „Kassandrarufe" oder verhöhnt sie. Wir dürfen nicht vergessen, dass gleichzeitig die reaktionäre „Semschtschina" schreiben durfte: „Diese Eiterbeule (die Duma) wird zeitweilig keine Ansteckung mehr verbreiten können . . man muss sie für immer schliessen. Sie ist gefährlicher als die erste, die ausserhalb des Bereiches des Taurischen Palais und der Zeitungsredaktionen keinerlei ernsten Eindruck machte, und Volk und Gasse rührten sich nicht, als man diese Judenknechte (die reaktionären Blätter nennen die Revolution von 1905 einfach die jüdische) auseinandertrieb . . . (die heutige Duma ist gefährlicher), weil sie am Reichsrat Rückhalt findet" usw. Dass dieser Rückhalt durch die jederzeit mögliche Veränderung der Personalverhältnisse im Reichsrat schwinden kann, haben wir eben wieder erfahren. Und auch die „Moskowskija Wiedomosti" haben nichts ausser Verachtung für diese russischen Mirabeau's und Sieyès,

wie für die „keinen Boden unter den Füssen habende“ sog. Intelligenz. So schreibt und denkt man nicht von Parteien und Menschen, die wirklich etwas zu besagen haben und nicht mit Unrecht reklamieren diese reaktionären Ultras Russlands Massen für sich.

Auch Russlands chronische Ministerkrisen lenken unwillkürlich die Aufmerksamkeit auf sich, wohlgemerkt, es sind blosse „Ministerkrisen“, nicht etwa „russische Krisen“; mit Wehrkraft und Ausdauer des Landes selbst haben diese „Stürme“ nichts zu schaffen, die nur die Oberfläche des russischen Ozeans kräuseln und in keine seiner Tiefen dringen; im Gegenteil, je mehr dieser Aenderungen, desto mehr bleibt alles beim Alten. Und das wirkt aufklärend. Einmal auf diejenigen Polen, die noch unlängst irgend eine Aenderung des politischen Kurses zu ihren Gunsten sich vorgaukeln liessen, während faktisch z. B. die ganze bureaukratische Armee, die Russland einst in Polen unterhielt, noch immer beisammen gehalten wird, ja avanciert (in partibus infidelium), um sofort bei einer Wendung des Kriegsglückes wieder auf Polen losgelassen zu werden und alles ins alte Geleise zurückzubringen. Andererseits widerlegt es diejenigen Russen selbst, die ständig von einer „Wiedergeburt oder Erneuerung Russlands“ noch während und gar erst nach dem Kriege fabeln, vergessend, dass nur ganz unpopuläre Kriege, wie der japanische, oder schwer kompromittierende Fehlschläge, wie beim Krimkriege, Aenderungen gewisser unhaltbarer Zustände herbeiführen, doch nicht die Rückständigkeit von Volk und Staat dauernd überwinden konnten. Die Reaktion triumphiert allenthalben, und die Spuren von 1905, als Russland revolutionierte, nur weil es die hohe Polizei erlaubte (Witte ist ja darüber gefallen, dass er diese Erlaubnis nicht zurückzog, nicht energisch eingriff), verwischen sich stündlich. Der Oktobrist und Dumavizepräsident Protopopow scheint sich jetzt unter dem Beifall weiter Kreise anzuschicken, die Duma auseinander zu treiben; die Herren einer einst demokratisch-

idealistischen Richtung, Milukow (Ministerpräsident in spe), Schingarew (sein Finanzminister) usw., sie offenbaren sich immer entschiedener als Imperialisten reinsten Wassers, und, wenn nach dem Kriege die „grüne Schlange" des Alkohols wieder auf die Bevölkerung losgelassen wird, ist im Heiligen Russland alles auf das Niveau der administrativen Willkür zurückgesunken, als auf das einzige, auf dem das Eroberungsreich zusammengehalten werden kann.

Man lasse sich also weder durch Dumareden noch durch „chronische Krisis" täuschen und ebensowenig durch den Pessimismus hinter der Front, dem eben Ardow ein so beredtes Zeugnis ausstellte, derselbe Ardow, der in demselben „Morgen Russlands" seine giftigsten Schmähungen alles Deutschen an den empfänglichen Leser brachte. Das „Selbstbespucken" ist ja für den Russen das charakteristische, erkennt er doch darin sogar eine Bürgschaft seiner moralischen Stärke und Freiheit, aber wehe dem Ausländer, der aus diesen russischen Selbstanklagen und Selbstverdammungen irgend welche Schlüsse ziehen wollte. Dieser trostlose Pessimismus ist im Grunde kein Zeichen der Entmutigung, sondern der einfachen Ungeduld, dass man im dritten Kriegsjahr noch nicht weiter gekommen ist; des blossen Eingeständnisses, dass in den obersten Leitungen Fehler gemacht sind. Und wahrlich fällt es keinem Russen ein, wegen dieser „Krisen" oder wegen dieser „Niedergeschlagenheit" die Flinte ins Korn zu werfen. Die Front bleibt unerschütterlich, der Krieg trotz aller Entbehrungen und Enttäuschungen ebenso populär und „heilig", wie er es im August 1914 war. Hören wir nur auf unverfälschtere Stimmen und achten wir auf Züge echter russischer Psychologie. Wir hatten zu diesem Zwecke vor einiger Zeit Ergüsse aus fortschrittlichen Kreisen (Milukow, Schingarew u. a.) registriert und ergänzen sie jetzt durch Stimmen aus zwei anderen, einander direkt entgegengesetzten Lagern.

Ein Nachzügler slavophiler Orthodoxie, Wasil Ro-

sanow, komme zuerst zu Worte. Eine ganz merkwürdige, unverfälscht russische Erscheinung, unmöglich auf der weiten Welt sonst. Es gab im alten Russland „Narren in Christo“, die in simulierter oder echter Verrücktheit — Exaltation als Sprecher für das Gewissen oder Empfinden der Menge sich auch vor dem Zaren aufwarfen, die sogenannten Jurodivyje. Rosanov, Gottsucher, leidenschaftlicher Ankläger der Staatskirche und ihr treuester Anhänger, in echtrussischer Weise aus Widersprüchen zusammengebacken, ist als ein solcher Jurodivyj in der russischen Publizistik schon seit Jahren hervorgetreten, aber erst sein letzter Auftritt ist dafür wohl der bezeichnendste. Eine Reihe von Momentaufnahmen, Tagebuchskizzen, Feuilletons verwob er zu einer Sammlung u. d. T. „Der Krieg von 1914 und Russlands Wiedergeburt“ (Petersburg 1915). Er beginnt mit der Petersburger Nacht nach dem Sturm auf die deutsche Botschaft und endigt mit Auszügen aus Briefen von der Front. Er speit slavophile Gift und Galle nicht nur gegen alles Deutsche, sondern gegen die Verräter, Ignoranten und Herabsetzer Russlands, gegen die Westler Bieliński, wie Czernyschewskij und ihren Anhang, unter dem billigen Vorwande, als hätte der Krieg alle Parteiungen verwischt, alle sich gleichmässig vor dem zarischen Willen verneigen und alles andere vergessen lassen. Wir waren jeglichen slavophilen Getues seit Leontiews Tagen schon etwas entwöhnt und lernen jetzt von neuem einen guten Zeugen dieser Geistesrichtung oder richtiger Geistesverirrung kennen. Aber im Gegensatz zu andern, langweiligen slavophilen Schriftstellern ist Rozanow ein glänzender Stylist von ausserordentlichem Temperament, das allerdings schon stark ins Hysterische hinüberspielt; der nicht russische Leser kann eine Probe seines Styles aus dem Buche Melnik's „Russen über Russland, 1905“ wo Rozanow über die russische Kirche handelte, entnehmen; jetzt nennt er z. B. Harnack's „Wesen des Christentums“ ein „Christentum ohne Wesen“ und hat

auch andere glänzendere Einfälle. Aber wenn er S. 92 folgendes schreibt: (Unsere Glöckner) „haben mit ihrem Geläut Russlands Seele erzogen: klingt doch dieses Geläute so gut und liebevoll — mir fiel es im Auslande auf, wie psychologisch weit sein Kirchengeläute von dem unsrigen abirrt: das der Katholiken ist wie ein Miauen, das der Lutheraner ganz öde", so erinnert er fatal an den Heidelberger Studenten Bambajew in Turgenews „Rauch", dem die russischen Gänse in ihrem stolzen Gang ungleich mehr als die deutschen imponieren. Der längste Aufsatz (S. 93 - 137) ist „Polens Schicksal" gewidmet, aber wir erleben eine schwere Enttäuschung. Der Slavophile hat ja allen Grund, sich um diese Frage, schweifwedelnd vor der zarischen Willkür, nur herumzuschleichen, und er erzählt hier nur faule Anekdoten, z. B. dass Alexander III aus der Zahl der zum Diner eingeladenen Gäste Bismarck gestrichen hätte, oder er schleudert Anklagen gegen die Slavophilen (!), dass sie unter der fremdländischen Uniform nicht das russische Herz schlagen gehört hätten, bei Peter I sowohl, wie bei den folgenden Regierungen; endlich verurteilt er das „Schwatzen" der Intelligenz und verherrlicht das Schweigen des ergebenen Volkes. Nur von den Polen wird das wenigste gesprochen; sie werden allerdings entschuldigt, dass die heutigen Polen nicht für die Verbrechen und Laster ihrer Vorfahren verantwortlich wären, ebensowenig wie Professor Kluczewskij (der verstorbene bekannte Moskauer Historiker) für die (viehischen Idioten) Mitrofanuschka und Skotinin des 18. Jahrhunderts aufzukommen hätte (S. 99); hervorgehoben wird der herrische Ton des grossfürstlichen Erlasses (eigentlich klingt daraus ein „ich werde euch Polen sonst verhauen" S. 129) und die stete Herzenstrauer des Zaren um Polen, seine liebevolle Sorge um Polen. Wir können uns nur glücklich preisen, dass die zarische „Herzenstrauer" um Polen, dank den Zentralmächten, heute etwas anderes bedeutet, als Rosanow uns insinuierte, dass sie ungleich „konkreter" sein dürf-

te. Wir bedauern, nicht mehr solcher urwüchsigen Proben echtesten russischen „Styles“ mitteilen zu können — freilich, in der Uebersetzung verliert sich vielfach ihr hautgout; wir betonen nur zur Information anderer, dass aus dem ganzen, ausserordentlich charakteristischen und lesenswerten, glänzend geschriebenen Büchlein, ebenso wie aus allen Feuilletonen Ardow's, nur gemeiner, dafür unverfälschter Hass des Sklaven ausbricht, der endlich seine deutschen Ketten zerriss und nun den langjährigen Lehrmeister anspuckt; sie rächen sich so für die langjährige, unwillig ertragene, aber unerlässliche deutsche Vormundschaft.

Aber neben dem „Possenreisser“ Rosanow sei auch ein ernst zu nehmender Gesinnungsgenosse genannt, S. Bulgakow, einer der „Bekehrten“, die in Russland so häufig sind (vgl. Tichomirow u. a.), einst rotester Nihilist, heute wohlbestellter Universitätsprofessor, Abgeordneter der zweiten Duma und sonst: junge Courtisane — alte Betschwester. Er hatte noch vor den berühmten oder lieber berüchtigten „Wiechy“, wo er mit Struve, Berdiajev und den andern sein Pater peccavi hersagte und von der „Revolution“ sich lossagte, in seinem Buche „Vom Marxismus zum Idealismus“ (1904) seine sozialistische Verirrung aufgegeben. Jetzt predigt er die „allgemeine Krisis der europäischen Zivilisation“, das Abgestorbensein für immer des „Westlertumes und des Phantoms der Internationale“; der Westen habe schon alles gesagt, was er je zu sagen hatte; nunmehr ex oriente lux! Jetzt ist Russland der berufene geistige Führer der Völker Europas; ihm ist auferlegt die furchtbare Verantwortlichkeit für der Menschheit geistiges Los; dazu muss es jedoch geistig frei werden, herauskommen aus seinem geistigen Vasallentum bei Europa usw. Alles bekannte Töne der slavophilen Schalmeien, das vermoderte slavophile Blendwerk, das wir längst endgiltig begraben glaubten; soll etwa sein Auffrischen schon die ganze „Auferstehung“ Russlands ausmachen? Aber der Exrevolutionär

versteigt sich höher: er tadelt ja die Gesellschaft, dass sie nicht nach Gebühr zu schätzen wüsste die grosse Arbeitsfähigkeit des russischen Beamtentums; jetzt sei alles verwischt; was Revolution und Reaktion nicht zu lösen vermochte, ist in dem allgemeinen patriotischen Enthusiasmus aufgelöst und unter den Schlägen des feindlichen Schwertes feiern wir das hehre Fest unserer Staatlichkeit — der Staatlichkeit der Golicyn und Protopopow, Rasputin und Jusupow, Sasonow und Buchanan etwa?

(Schluss folgt.)

A. Brückner.

Die Sonderstellung Galiziens.

Vor Beginn des Weltkrieges, als kaum die ersten Anzeichen des Zusammenstosses der Entente mit den Zentralmächten erkennbar waren, war es sichtbar, dass die Polenfrage sich im Zentrum der zu lösenden Aufgaben befinden werde. Die offizielle Kampflosung bei den Legionen, wo sie eine Voraussetzung ist, aber auch bei den polnischen Regimentern der österreichisch-ungarischen Armee war: Für Polen, für Polens Freiheit. Es war nicht nur die Losung der Kombatanten, es war der politische Feldruf der polnischen Gesellschaft in Oesterreich. Einverständlich war man des Kampfzieles bewusst, einer Vereinigung Galiziens mit dem Königreiche Polen unter Aufrechterhaltung des Verhältnisses zur Habsburgischen Dynastie.

Von diesem Gesichtspunkte aus nahm man mit hellaufleuchtendem Enthusiasmus jeden Schritt nach vorwärts in der Befreiung Russisch-Polens auf. Trotz aller Schwankungen der Ereignisse während des Krieges wurde an dem Vereinigungsgedanken Galiziens und Russisch-Polens unentwegt festgehalten — bis zum 5. November 1916. Der 5. November brachte die langersehnte Errichtung eines freien und unabhängigen Polen, er brachte aber für Galizien auch die über-

raschende Nachricht, dass der Traum der Vereinigung mit dem Königreiche Polen jetzt nicht in Erfüllung gehen werde.

Auf die Frage: Was nun? musste der 5. November auch für Galizien eine Antwort bringen. Das Kaiserliche Handschreiben an Dr. von Körber, das gleichzeitig mit der Proklamation der verbündeten Monarchie verlautbart wurde, enthält diese Antwort.

Das Handschreiben sagt: Es ist daher mein Wille, in dem Augenblicke, in welchem der neue Staat zur Entstehung gelangt, Hand in Hand mit dieser Entwicklung auch dem Lande Galizien das Recht zu verleihen, seine Landesangelegenheiten bis zum vollen Masse dessen, was mit seiner Zugehörigkeit zur staatlichen Gesamtheit und mit deren Gedeihen im Einklange steht, selbstständig zu ordnen und damit der Bevölkerung Galiziens die Gewähr ihrer nationalen und wirtschaftlichen Entwicklung zu bieten.

In diesem Zusammenhange ist es klar ersichtlich, dass die damit angekündigte Sonderstellung Galiziens das Produkt einer historischen Notwendigkeit ist, ganz unabhängig von den im Laufe der Entwicklung Oesterreichs wiederholt zu Tage tretenden Sonderstellungsplänen.

Das kaiserliche Handschreiben zeichnet auch die weitgehenden Grenzen dieser Sonderstellung, die weit über Erweiterungen der Autonomie und dgl. hinausgehen. Es heisst ausdrücklich: Hand in Hand mit der Entwicklung des neuen Staates soll Galizien seine Landesangelegenheiten selbstständig ordnen, begrenzt nur durch die staatliche Zugehörigkeit und deren Gedeihen; diese Selbstständigkeit soll die Gewähr einer nationalen und wirtschaftlichen Entwicklung bieten.

Die Polen in Galizien hatten auch vor dem Kriege eine weitgehende nationale Autonomie, die auch in diesen Gebieten, in denen dem Staate die Leitung und Entscheidung vorbehalten war, im politischen Einflusse

der Polen die Gewähr für die ruhige, freie Entwicklung fanden

Anders verhält es sich mit dem wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrecht. Galizien bildete eine wirtschaftliche Kolonie des industriellen West-Oesterreich, — eine der bequemsten Kolonien — wie ein österreichischer Staatsmann sich äusserte. Die Verhältnisse waren typisch; Galizien lieferte Rohstoffe und war ein Konsument der west-österreichischen Industrie. Unter diesen Umständen musste das in Oesterreich an Naturschätzen reichste Land finanziell eines der schwächsten bleiben. Jetzt soll es auch auf diesem Gebiete sein Selbstbestimmungsrecht erlangen.

Die Regierung Clam-Martinitz hat sich darüber noch nicht geäussert, in welcher staatsrechtlichen Form die Sonderstellung Galiziens erfolgen soll. Ist sie in der Lage, dem kaiserlichen Handschreiben auf dem Wege des Parlaments rechtliche Geltung zu verschaffen, oder wird sie sich genötigt finden, das einzuberufende Parlament vor eine geschehene Tatsache zu stellen? Diese formelle Frage kann keinen Einfluss auf die tatsächliche Lösung ausüben, die zu einer historischen Notwendigkeit geworden ist „im Interesse der Zugehörigkeit zur staatlichen Gesamtheit und deren Gedeihen", wie das Kaiserliche Handschreiben lautet.

Eine Voraussetzung der Sonderstellung Galiziens ist die Gutmachung der Kriegsschäden, die Galizien als Grenze des Reiches im Interesse des Reiches erlitten hat. Die Kriegsschäden gehören zu den Kriegskosten, und diese fallen ungeteilt dem ganzen Reiche zu. Die galizischen Kriegsschäden sind bedeutend, sie sollen nach der Schätzung Unbeteiligter vier Miliarden Kronen betragen. Mit der Sonderstellung Galiziens darf die Höhe der Entschädigung und die Art der Gutmachung der Schäden nicht in Zusammenhang gebracht werden.

Der Kriegsschadenersatz schliesst die Epoche Galiziens als einer Provinz Oesterreichs ab. Mit der Sonderstellung beginnt die Epoche des selbstständigen Königreichs Galizien. Dr. H. Diamand.

Der Polnische Staatsrat.

Die zur Errichtung und Bildung des polnischen Staatswesens berufene höchste polnische Behörde, der Polnische Staatsrat, hat entsprechend der Verordnung vom 26. November 1916 in der Sitzung vom 30. Januar 1917 ein Organisationsstatut beschlossen. Dasselbe handelt von den Organen des Staatsrates: Allgemeine Versammlung, Ausführender Ausschuss, Kronmarschall, Abteilungen, vorbereitende Komissionen und örtliche Kommissare. Der ausführende Ausschuss besorgt unter der Oberaufsicht der allgemeinen Versammlung die organisatorischen und administrativen Aufgaben des Staatsrates. Er verständigt sich im Namen des Staatsrates mit den Okkupationsbehörden. Ihm gehören der Kronmarschall, der Vizemarschall und sieben Abteilungsdirektoren an. Der Kronmarschall ist Vorsitzender der Allgemeinen Versammlung und des Ausführenden Ausschusses, Siegelbewahrer und bis zur Wahl des Herrschers oder Regenten oberster Vertreter der polnischen Staatsgewalt, der sie innerhalb und ausserhalb des Staates repräsentiert. Die acht Abteilungen bearbeiten im Auftrag des ausführenden Ausschusses die Gesetze und die Verordnungsentwürfe und geben Gutachten ab. Die Organisation der noch nicht eingerichteten Kriegsabteilung bedarf der Bestätigung des zur Organisierung des polnischen Heeres berufenen Oberkommandierenden der verbündeten Mächte. In jeder Abteilung wird ein ständiger Abteilungrat gebildet, dem Mitglieder des Staatsrates und Sachverständige von ausserhalb des Staatsrates angehören. Der Abteilung für Kultus und Unterricht gehören im Abteilungsrat noch Vertreter der Religionsgemeinschaften an: zwei des katholischen Episkopats, einer des evangelisch-Augsburger Konsistoriums, einer des evangelisch-reformierten Konsistoriums, und einer der jüdischen Landesgemeinde. Der Abteilungsdirektor wird vom Ausführenden Ausschuss aus seiner Mitte delegiert und der Vizedirektor durch die

allgemeine Versammlung ernannt. Bis zur Errichtung einer Verwaltung wird ein allgemeiner Ausschuss im Einverständnis mit den Okkupationsbehörden in den Kreisen und grössern Städten Ortskommissare ernennen. Ein besonderes Statut wird die Zuständigkeit der Ortskommissare regeln. Die Staatsratsmitglieder sind Beamte der Krone Polens, im Staatsrat nicht Vertreter von Parteien und Organisationen und können nicht am politischen Parteikampf teilnehmen.

Die Leitung der einzelnen Ressorte würde in folgender Weise verteilt: Finanzabteilung: S. Dzierzbicki, politische Abteilung: W. Graf Rostworowski, Inneres: M. Łempicki, Volkswirtschaft: S. Janicki, Arbeiterwesen: W. Kunowski, Justiz: S. Bukowiecki, Kultur und Unterrichtswesen: J. Pomorski.

Die Abteilung für Heereswesen wird bis zu ihrer Bildung von einer besonderen Heereskommission versehen.

Die Arbeiten des Staatsrates gehen unaufhaltsam vorwärts. Von den Beschlüssen der letzten Zeit wären zu erwähnen: Die Annahme der von der Heereskommission unter Leitung des Brigadiers Piłsudski ausgearbeiteten Vorlage, betreffend die Organisation der Abteilung für Heereswesen und die Anwerbung von Freiwilligen. Die Vorlage wurde mit einigen unwesentlichen Aenderungen angenommen und den Kommissaren der Okkupationsbehörden überwiesen. Weiter wurde ein Antrag betreffend Aufhebung der Passhindernisse im Personenverkehr zwischen den okkupierten Gebieten angenommen und die Abteilung für Inneres beauftragt, mit den Okkupationsbehörden in dieser Angelegenheit zu verhandeln. Ferner fand die Wahl einer Verfassungs- und Landtagskommission aus 24 Personen statt. Ihr gehören die 12 Staatsratsmitglieder Bukowiecki, Dziewulski, Górski, Grendyszyński, Kaczorowski, Kunowski, Łempicki, Łuniewski, Maj, Prälat Przezdziecki, Graf Rostworowski und Studnicki, ferner 12 Mitglieder ausserhalb des Staatsrats: Professor Balzer, Prälat Cheł-

micki, Professor Cybichowski, Henryk Konic, Professor Kutrzeba, Maliniak, Professor Ochimowski, Dekan Parczewski, Professor Graf M. Rostworowski, Professor Siemiński, Professor Starzyński und M. Zbrowski an. Den Vorsitz hat der Kronmarschall. Stellvertreter ist Infulat Przezdziecki. Zu Departements-Vizedirektoren wurden ernannt: Justiz Makowski, Volkswirtschaft Kaczorowski und Arbeit Turowicz.

Von Tag zu Tag häufen sich die Stimmen im Lande, die dem Staatrat ihre Ergebenheit bekunden und ihm, als der ersten legitimen polnischen Behörde, ihre Huldigung darbringen. Von den unzähligen eingelaufenen Adressen führen wir hier die folgenden an: des polnischen Komitees in Wilno, des polnischen Komitees im Kreise Białystok, der Warschauer Jüdischen Gemeinde, der Professoren und Dozenten der Warschauer Universität und Technischen Hochschule, der Juristischen Gesellschaft in Łódź, der Gesellschaft der polnischen Schriftsteller und Journalisten in Łódź, des Stadtrates von Warschau, des Stadtrates von Kielce, des Stadtrates von Olkusz, des Stadtrates, Magistrates und zahlreicher Bürger von Włocławek, des Stadtrates von Zamość, des Stadtrates von Opatow, des Stadtrates von Warta, des Kreisrates von Myśleniec, der Vereinigten Demokratischen Fraktionen, des Nationalrates des Kreises Zamość, des Nationalansschusses von Łukow, der Abteilung Ostrów des Zentralen und Nationalen Komitees, des Nationatrates und Volksversammlung in Lask, der Polnischen Volkspartei in Łukow, des Kreisrates der Polnischen Volkspartei im Kreise Łódź, Brzezin und Lask, des Zentralen Nationalen Komitees in Łomża, des Nationalen Kreisrates im Dąbrowaer Revier, des Organisationskomitees der Polnischen demokratischen Partei, sämtlicher öffentlichen Körperschaften und Landbesitzer von Kołbieła, im Kreise Mińsk-Mazowiecki, der Versammlung der Bürger von Ciechanów, der Bürger der Stadt Valiss, der Bürgerversammlung von Kielce, der der Handwerkerinnungen von Łódź, der Vereinigung

polnischer Gewerkschaften in Zawiercie, der Bürger und Ortsvorsteher der Gemeinde Lask, des Gewerkschaftsrates (Drucker, Gerber, Maurer, Schuhmacher, Kellner und Schneider) in Lublin, des Nationalen Arbeiter-Vereins in Piotrków, der Vereinigung christlicher Arbeiter in Siedlce, der Höhrer an den Höheren Verwaltungskursen.

Von den obenerwähnten Adressen führen wir in Wortlaut die Adresse der Professoren und Dozenten der Warschauer Universität und Technischen Hochschule an:

„An den Provisorischen Staatsrat!

Von der Meinung ausgehend, dass 1) die polnischen Behörden auch ohne Aushebungsbefehle die Freiheit haben müssen, über das zur Aufstellung der Armee erforderliche taugliche Material zu verfügen, und dass es daher die Pflicht eines jeden Bürgers ist, das Recht der Verfügung über seine Person in die Hände der Behörde zu legen: 2) dass über die Verwendbarkeit einer gegebenen Person in Heeres- oder Zivildienst nicht diese interessierte Person zu entscheiden habe, sondern die Behörde, die sich von Erwägungen des Staatsinteresses und der Sachkenntnis leiten lässt, stellen sich die nachstehend unterzeichneten Professoren und Dozenten der Warschauer Universität und Technischen Hochschule zur Verfügung der Heereskommission des Staatsrates.

Warschau, den 22. Januar 1917."

Unterschriften: Józef Zawadzki, Józef Siemieński, Stanisław Szober, Kazimierz Tymieniecki, Stanisław Słoński, Juljusz Kłos, Edward Loth, K. Drewnowski, Tadeusz Tołwiński, Kazimierz Skórewicz, Witold Kamieniecki, Stefan Ehrenkreutz, Marceli Handelsmann, Michał Kreczmar, Juljusz Kleiner, Antoni Ponikowski, Stanisław Garlicki, Rudolf Swierczyński, Marjan Grotowski, Zygmunt Kamiński, Mieczysław Konopacki, Edward Wittig.

Brief aus Chełm.

Chełm, Februar 1917.

Von allen polnischen Gebieten, die unter russischer Zwangsherrschaft gestanden haben, ist dem Chełmer Land das unglücklichste Los zugefallen. Da seine Bevölkerung zu einem grossen Teil der unierten Konfession angehört, so wurde das Land von Russland als „urrussisch“ erklärt und seit Jahrzehnten einer gewaltsamen „Bekehrung“ durch Blut und Schwert zur griechisch-orthodoxen Religion unterworfen. Vor einigen Jahren wurde das Chełmer Land vom Königreich Polen abgetrennt und als besonderes Gouvernement Russland einverleibt; nunmehr brauchte sich die gewaltsame Russifizierung keine Schranken mehr aufzuerlegen,

Man sollte meinen, dass der durch soviele Jahre ausgeübte russische Druck, dem die ganze Staatsmaschinerie, die reichlichen Mittel, die Popen und die Gendarmen zur Verfügung standen, auf der Seele dieses Landes einen besonders starken Eindruck hinterlassen habe, der nun durch bedeutende Anstrengungen wieder beseitigt werden könnte. Aber trotz des Druckes und der durch Russland verbreiteten Demoralisierung, ist das Bewusstsein der gemeinsamen historischen und kulturellen Vergangenheit mit Polen lebendig geblieben; die polnische Seele des Landes dauerte fort und sie konnte, alsbald nach der eingetretenen Aenderung der Verhältnisse und dem Wegfegen der russischen Zwangsherrschaft, unter den schwierigsten Umständen die nationalpolnische Standarte hoch erheben und sogar nach Osten hin ausstrahlen.

Von einer ukrainischen Bewegung kann selbstverständlich in dem Chełmer Lande weder zur russischen Zeit, noch gegenwärtig, überhaupt die Rede sein; desgleichen in den anschliessenden Kreisen auf dem rechten Ufer des Bug. Alles was hier ruthenisch oder russifiziert war, ist mit den weichenden russischen Armeen gen Osten gezogen. Verblieben sind nur die Polen und ein starker Prozentsatz Juden, die zusammengedrängt

in den Städtchen wohnen. Alles, was dieses Land an kulturellen, politischen und sozialen Werten hervorbringt, ist durch und durch polnisch und von grosser Liebe und Hingabe an das polnische Vaterland erfüllt.

Die Chełmer Gesellschaft, vor allen Dingen die Landbvölkerung, die während der russischen Zeit so schweren Glaubens- und nationalen Verfolgungen ausgesetzt war, interessiert sich sehr lebhaft für alle polnischen Angelegenheiten, freut sich des Entstehens des polnischen Staates in Warschau und unterstützt das unlängst gebildete „Komité für Sammlung von Beiträgen für den nationalen Fonds des Staatsrates". In allen Gemeinden des Kreises Chełm wurden im Dezember und Januar politische Versammlungen veranstaltet, in denen die Landbewohner ausnahmslos ihrer Freude Ausdruck gaben über die Proklamierung des unabhängigen Polens und die Einsetzung eines polnischen Königs und Bildung einer polnischen Armee, Schatzes und Verwaltung verlangten. Dieses Bedürfnis bei der Chełmer Bevölkerung nach einem eigenen polnischen Staatswesen nimmt zuweilen ganz charakteristische Formen an. So z. B. war ich Zeuge, wie auf der Bauernversammlung in Czerniejów, die Bauern impulsiv schon jetzt beschlossen haben, Geldsammlungen zu einem Geschenk für den polnischen König zu veranstalten. Sorge machte es ihnen nur, womit sie den zukünftigen polnischen König beschenken sollen. Schliesslich einigten sie sich darauf, dem König eine Kanone zu schenken, jedoch mit der Bedingung, dass auf der Kanone deutlich zu lesen sein soll, dass die Bauern aus Chełm die Spender sind.

Eine sehr energische aufklärende und volksbildende Tätigkeit entfaltet die Chełmer Abteilung der „Macierz Szkolna" (Schul-Verein). In voller Entwicklung befindet sich die Bildung von Kursen für erwachsene Analphabeten, Wanderbibliotheken, einer grossen Lesehalle in Chełm usw. Unabhängig hiervon wächst mit der zunehmenden Aufklärung auch das Lesebedürfnis; die Lubliner Zeitung „Gazeta Ludowa" (Volkszeitung) erfreut sich grosser Beliebtheit und wird gerne gekauft.

In gleichem Masse, wie das kulturelle Leben erwacht, wächst auch ständig das Bedürfnis nach verschiedenen wirtschaftlich-sozialen Einrichtungen und Massnahmen. Neben den wohlorganisierten Läden der „Pomoc“ (Hilfe), entstehen neue ländliche Genossenschaften, die in Zukunft nicht allein die Lieferung aller notwendigen Bedarfsartikel, sondern auch den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten übernehmen sollen.

Auf jedem Felde der nationalen Arbeit erwacht hier, wie in ganz Polen, das heranreifende, sich seines Wertes bewusst werdende neue Element: der polnische Bauer! Sein Erwachen zur Lebensfülle, seine ausdauernde und zielbewusste Arbeit ist Gewähr, dass die Saat des russischen griechisch-orthodoxen Bischoffs Eulogius wie Spreu zerstoben ist.

Z. Czermiński.

---

* * * * Vom Büchertisch. * * * *

A. Brückner. Die polnische Frage. (Deutsche Rundschau XI—XII 1916, I, 1917).

Prof. A, Brückner stellte sich zur Aufgabe, die deutschen intellektuellen Kreise unermüdlich über Polen zu informieren. Einer eingehenden, selbständigen Analyse „Leitende Ideen der Polenpolitik 1795—1868“ (anlässlich des Werkes von W. Feldman: „Geschichte des politischen Gedankens in Polen“. Zeitschrift f. Politik 1915 B. VII) lies er eine Sammlung von Aufsätzen: „Die Slaven im Weltkriege“ folgen, und nun veröffentlicht er in der Deutschen Rundschau eine grosse, gründliche Abhandlung: „Die polnische Frage“. Der Verfasser bespricht: 1) Das Verhältnis der Polen zu den Russen, 2) die gegenwärtige politische Lage in Polen, 3) Polen und Deutsche.

Das gegenseitige polnisch-russische Verhältnis ist im Gegensatz der Kultur, des Temperaments, der Ueberlieferungen und Sitten der beiden Völker begründet. Mit Hilfe historischer und aktueller Momente hebt Prof. Brückner ausgezeichnet das Wesen dieser langen Reihe von Gegensätzen hervor. Dadurch gewann die Erörterung eine grosse Ueberzeugungskraft: in den gegenwärtigen politischen Geschehnissen tritt die entscheidende Rolle der seit je wirkenden Triebfeder zutage. Erst auf diesen Hintergrund zeichnet der Verfasser die Entwicklungslinie des moskowitischen Reiches, motiviert, wie tief und innig die Expansionswut der russischen Dynastie und Büro-

kratie und der sie bedingende Nationalcharakter der Russen ineinander wurzeln.

Der Verfasser charakterisiert hernach die gegenwärtige politische Situation in Polen, die Entstehung der Ausgleichspartei, die allmähliche Erstarkung der Unabhängigkeitsbestrebungen, die Haltung der Intelligenz, der Bürgerschaft und des Bauerntums. Der Art und Weise, in welcher Prof. Brückner all diese national-politischen Erscheinungen dem fremden Leser vorführt, gebührt volle Anerkenung, da sie sich gänzlich der „Anpassungsmethode“ enthält, die in dergleichen Informationswerken, besonders den französischen, zu argen Karrikaturen führte. In der vorliegenden Arbeit haben wir ein auf breiter historischer Grundlage gezeichnetes Bild der realen Verhältnisse. Die für den deutschen Leser hie und da nicht recht verständliche gegenwärtige politische Haltung in Polen, wird ihm wohl aus der historischen Uebersicht erklärlich werden; jedenfalls wird er dem Ernst der geschichtlichen Ueberlieferungen in Polen Rechnung tragen müssen.

Dank dieser eingehenden, analytischen Darstellung gewinnt die polnische Frage einen europäischen Charakter, tritt aus dem Bereich banaler Phraseologie, wie sie heutzutage in der europäischen öffentlichen Meinung gang und gäbe ist, wenn es sich um „unterjochte, kleine“ Völker handelt.

Prof. Brückner verstand es — wie immer — das zum Verständnis des polnischen Wesens unerlässliche Moment hervorzuheben: die reiche Fülle des polnischen Lebens, den spontanen Wechsel der Erscheinungsformen. Dies lässt sich aber keineswegs mittels statistischer Tabellen oder trockener Aufzählungen von Namen und Tatsachen bewirken; es galt also eine Veranschaulichung solcher Tatsachen, die dem europäischen, im gegebenen Fall dem deutschen Geist verständlich wären. Da die moderne Weltanschauung in erster Linie den Zusammenhang, die Entwicklung und Differenzierung des sozialen Lebens berücksichtigt, so ist der von Prof. Brückner gewählte Gesichtspunkt als der möglichst beste zu bezeichnen.

Der dritte Teil der vorliegenden Arbeit (Deutsche und Polen) hat eine weitgehende, symptomatische Bedeutung. Das deutsch-polnische Verhältnis wird von einem neuen Standpunkt aus, als ein sich aus gegenseitigem Interesse ergebendes Problem eines politischen Bündnisses erörtert. Die Deutschen huldigten bisher der irrigen Meinung, als ob das Verhältnis Deutschlands zu Polen dasjenige der nationalen Majorität zur Minorität wäre. Eine von diesem Gesichtspunkt geleitete Politik konnte freilich nicht über die Posener Grenzpfähle hinausgehen. Die Polen ihrerseits hielten sich fast einstimmig an die zwei Richtlinien: sie protestierten gegen die nach der Niederlage Frankreichs durch Bismarck inaugurierte Polenpolitik und waren der festen Ueberzeugung, dass diese deutsche ihnen gegenüber geführte Politik für alle Zeiten unabänderlich bleiben werde. Diese

fast ausschliesslich vorherrschende Meiunng bestimmte selbstverständlich die Horizonte der polnischen Publizistik.

Prof. Brückner sucht zu beweisen, dass die bisherige Politik der deutschen Majorität ergebnislos bleiben wird, den deutschen Interessen selber widerspricht, die Deutschen denjenigen Einflüssen der Kultur entzieht, die früher eine so wertvolle Rolle in den gegenseitigen Beziehungen spielten. Ebenso haltlos wie die Legende über die Unfähigkeit Polens zur Selbständigkeit, ist die Legende über den unbesiegbaren Deutschenhass. Keine Legende ist aber der bekannte, unerquickliche Zustand in Posen aus der Vorkriegszeit, keine Legende der dort elementar entstandene, notwendigerweise erstarkende Widerstand. Daraus ergeben sich Direktiven für die Zukunft, die sich nicht ableugnen lassen und jeder gewissenhaften Auseinandersetzung der beiden Nationen zugrunde liegen sollten.

Die Proklamation vom 5. November änderte natürlich von Grund aus den deutsch-polnischen Gesichtspunkt. Sie brachte nicht nur die Anerkennung der polnischen Staatlichkeit — sie machte den auferstandenen Staat zum deutschen Verbündeten. Dem neuen Stand der Dinge entquellen neue Pflichten, sowohl für die deutsche, wie für die polnische Publizistik, folglich ein Gefühl der Solidarität. Manche Vertreter der deutschen öffentlichen Meinung werden sich dieser Solidarität bewusst, wissen aber kein Mittel, um sich gleichsam über Nacht aus dem dunklen Bann der bisherigen deutsch-polnischen Politik zu befreien. Wenn sie nun bei diesem Umhertappen auf einen Irrweg geraten oder ein unrichtiges Mittel anzuwenden suchen, lassen sich aus dem polnischen Lager ebenso unrichtige, weil gänzlich auf der Vergangenheit basierende, für die Gegenwart ungeeignete Berichtigungen vernehmen.

Desto heilsamer wirken in einer solchen Atmospähre die objektiven Ausführungen Prof. A. Brückners. M. R.

Pressestimmen.

Polnische Presse.

„Wiadomości polskie", Nr. 107—108. Die in Piotrków erscheinende, der militärischen und staatlichen Renaissance Polens gewidmete Wochenschrift „Polnische Nachrichten" gab zu Weihnachten 1916 eine Festnummer heraus, die in ihrer Art ein politisches Dokument ersten Ranges ist. Hervorragende, auch in Deutschland nicht unbekannte Männer des Geistes und der politischen Tat, kommen in dieser Festnummer zu Worte. Nicht Weihrauch wird hier um den Altar der nationalen Eigenliebe gestreut, der nackten Wahrheit werden Opfer dargebracht. Die Lehre der Vergangenheit, schreibt Prof.

Dembiński in seinem „Zwei Jahrhunderte" betitelten Aufsatz, ist eine Weisung für die Zukunft. Das Eindringen in die ganze Vergangenheit, das Erfassen dessen, was die grundsätzliche Erfahrung von Jahrhunderten ausmacht, . . . bildet in Momenten grosser Krisen und grosser Entscheidungen für den heutigen und morgigen Tag einen wertvollen Ansporn und eine unumgängliche, notwendige Grundlage, will man sich des nationalen Programms bewusst werden.

Was nun aber die Vergangenheit lehrt, zeigt Prof. Estreicher in seinen Ausführungen: „Eine teuer erkaufte Erfahrung". Sie lehrt, dass wenn die Waffen eine endgiltige Entscheidung treffen müssen, niemand an der Erhaltung von Hilflosen und Schwachen Interesse hat und dass — wie schon die berühmten polnischen Staatsmänner des 18. Jahrhunderts Staszyc und Kołłątaj unablässig predigten, — kein Gemeinwesen Bestand haben kann, wenn es sich selbst zu verteidigen nicht versteht. Aus diesen Erwägungen resultiert die Notwendigkeit der Bildung einer der Volkszahl würdigen und den Fortbestand des am 5. November 1916 geschaffenen Staatswesens verbürgenden polnischen Armee. Dies ist der archimedische Punkt des polnischen Problems, dies die Säule, auf die sich das Gewölbe des polnischen Staates stützt. Kein Wunder somit, dass der Frage der Schaffung eines polnischen Heeres eine stattliche Reihe von Aufsätzen gewidmet ist. — In unserem ureigensten Interesse, schreibt Oberst Sikorski, liegt es, ein grosses und wohldiszipliniertes Heer zu schaffen. Die Proklamierung eines polnischen Staates wird solange eine Fiktion bleiben, so lange nicht eine polnische Heeresmacht entstanden ist, ohne die die polnische Frage zum Gegenstand diplomatischer Schachzüge werden wird, wobei seit jeher die Schwachen den Kürzeren ziehen. Die Schaffung eines Heeres ist aber mit der Regelung vieler innerpolitischen Probleme des im Werden begriffenen polnischen Staates eng verknüpft. Und so stehen wir auf einmal mitten im Gestrüpp aktueller Fragen, die einer raschen Lösung zugeführt werden müssen.

Jede Lösung aktueller Probleme kann aber nur dann von Erfolg gekrönt sein, wenn — wie Prof. Jaworski in jener ihm nur eigentümlichen prägnanten Weise darlegt — die Spannkraft der Saiten genau abgemessen, oder, mit anderen Worten, wenn den reellen Tatsachen Rechnung getragen wird. Tatsache aber ist es, dass für die Volksmassen eine Armee ohne König undenkbar scheint. „In Versammlungen und Privatgesprächen verlangen massenhaft die Bauern die Einberufung der Militärpflichtigen, und es quält sie nur der einzige Gedanke, wem unsere Soldaten den Eid zu leisten haben werden . . . . In der Meinung nämlich so apolitischer Elemente, wie die Volksmassen des Königreichs Polen ist der König das einzig verständliche Sinnbild des Staatsbegriffes." (Vergl. Josef Grabiec: „An der Schwelle" S. 7.) Dass aber die Massen wenig politische Schulung besitzen, darf niemanden wundern. War es doch der Hauptzweck der

russischen Politik, die Polen an die Passivität zu gewöhnen und ihnen jede aktive Tätigkeit zu verleiden. Diese Passivität ist es auch, die — wie Prof. Grotowski mit Recht hervorhebt, — manche rechtsstehenden Elemente veranlasst, aus instinktiver Furcht vor der Tat und der Verantwortung, durch Aufstellen von unrealisierbaren Forderungen (z. B. der Einberufung eines Landtages) das aktive Eingreifen in weite Ferne zu rücken. Zum Glück verliert das Losungswort der Passivität und Neutralität immer mehr an Klang (vergl. die herzerhebenden Aufrufe zur Tat zweier Repräsentanten der polnischen Geistlichkeit aus dem Königreiche — des Paters J. Gnatowski-Warschau in dem Aufsatz: „Die Aufgaben der Geistlichkeit im zukünftigen Polen“ und den Artikel „Unitis viribus“ des Paters Ogończyk). Das Wort hat jetzt der polnische Staatsrat.

Paralell mit der Erörterung innerpolitischer Fragen laufen Abhandlungen, die sich mit dem Verhältnisse Polens zu den Nachbarstaaten, in erster Reihe zu Deutschland befassen. Zwei Stimmen sind es, die in dieser Frage gehört zu werden verdienen: des Herausgebers der „Poln. Blätter“ („Die Polnische Frage und die Deutschen“) und des Landtagsabgeordneten Dr. Jan Hupka. („Die Wiedererrichtung des polnischen Staates und die Polen“.) Der Standpunkt Feldmans ist den deutschen Lesern zu sehr bekannt, als dass viel Worte über seinen Aufsatz verloren werden müssten. Hervorgehoben muss nur werden, dass Feldman denselben Freimut, mit dem er das polnisch-deutsche Thema für sein deutsches Publikum behandelt, auch seinen Konnationalen gegenüber bewahrt. Was hinwiederum den Artikel des Dr. Hupka betrifft, so muss festgestellt werden, dass zum erstenmale von autoritaver Seite (Dr. Hupka ist konservativer Abgeordneter, Bezirksmarschall und Mitglied des Obersten Polnischen Nationalkomitees) so offen und entschlossen über die Rolle der preussischen Polen in einem polnischen für polnische Leser (nicht nur Galiziens!) bestimmten Blatte gesprochen wird. „. . . . Es wird die Aufgabe der preussischen Polen sein, im preussischen Staate einen Hort und eine Stütze des polnischen Nachbarstaates und seiner faktischen Unabhängigkeit zu bilden. Um aber dieser Aufgabe zu genügen, müssen die dortigen Polen jedweden Schein einer Irredenta meiden und im preussischen Staate Vertrauen und Einfluss zu gewinnen trachten . . . .“

Viel Raum wird in der Weihnachtsnummer der „Polnischen Nachrichten“ auch dem Verhältnis Polens zu Russland gewidmet. Hier bewegen wir uns aber nicht im Bereich der Tatsachen, sondern der Wünsche; nicht um die Gegenwart, sondern um die Zukunft des Polnischen Staates wird hier gerungen. Allen Mitstreitern um die Sicherstellung der polnischen Zukunft (vergl. Łempicki: „Russische Schwankungen und ihre Gefahr“ und Abramowicz: „Für unsere und eure Freiheit“) somit auch der Zukunft der Zentralmächte, erscheint aber nur ein einziges Mittel als das zweckentsprechendste:

Die Angliederung Litauens und Weissrutheniens — in welcher Form dies zu geschehen hätte, ist nebensächlich — an den Staatskörper Kongress-Polens, der doch auf sich selbst beschränkt, zu schwach wäre, dem russischen Drang nach Westen zu widerstehen. Selbstverständlich müsste die Befreiung der Litauer und Weissruthenen vom russischen Joch durch ein energisches und tätiges Eingreifen der Polen erfolgen. Dies war übrigens immer ein Postulat der polnischen Staatsraison (vergl. die Unionsidee des alten Polen) und eine Losung der polnischen Aufstände.

Damit ist aber noch keineswegs der Inhalt der besprochenen Festnummer erschöpft. Die unter der Leitung des Dr. Kot stehende Redaktion der „Polnischen Nachrichten", bestrebt, die durch die Proklamation vom 5. November geschaffene politische Lage der Polen allseitig zu beleuchten, fügte der Festnummer einige Abhandlungen über Galizien bei, dem bekanntlich eine Sonderstellung im Rahmen der östr. ungarischen Monarchie zugesichert wurde. Während Dr. Grabowski in seinem Aufsatze: „Kroatien und die Sonderstellung Galiziens" sich eingehend mit den Licht- und Schattenseiten der kroatischen Autonomie befasst, bekämpft Dr. Dąbrowski in seinem Artikel „Unsere Forderungen" den Plan der „Kroatisierung Galiziens" und versucht in grossen Linien die Grenzen der galizischen Autonomie abzustecken. Mit Galizien befasst sich ebenfalls der gewesene Dumaabgeordnete und Professor an der Warschauer Universität Alfons Parczewski, der in seinen „Gedanken am frischen Sarge bei den Wiener Kapuzinern" auf den wohltätigen Einfluss, den der verstorbene Kaiser Franz Josef I. auf Galizien und mittelbar auch auf ganz Polen ausgeübt hat, hinweist.

Dr. Edmund Parnes

* *
*

Die humanitäre Maske. Im Warschauer „Goniec" vom 7. Februar schreibt T. Grużewski: Präsident Wilson, der neulich mit grosser Emphase die Friedensaktion unternahm und seine humanitären Friedensbestrebungen in die ganze Welt ausposaunte, liess jetzt sein wahres Antlitz schauen. Seit Ausbruch des Krieges stand er an der Seite der Entente und begriff gar sonderbar seine Pflichten der Neutralität. Jetzt, wo die Deutschen zu ihrer mächtigsten und wirksamsten Waffe griffen, bricht plötzlich der humanitäre Präsident die diplomatischen Verhältnisse ab und kündet ihnen den Krieg an. Die in dieser Angelegenheit an den Kongress gerichtete Erklärung Wilsons bildet ein Meisterwerk, aus Gewissenlosigkeit, niederen Kniffen und Griffen geschmiedet. Wilson faselt da über den Streit mit Deutschland vom Frühling her, über angebliche feierliche Verpflichtungen der Deutschen, empört sich über ihre letzten Verfügungen, will nicht glauben, dass die Zentralmächte auf die Freundschaft Amerikas verzichten möchten und droht schliesslich mit Kriegserklärung. Das ganze

Elaborat führt den Ton eines unschuldig überfallenen Opfers; verschweigt aber wohlweislich die ganze Reihe von Geschehnissen, die sich seit dem Frühlingszwist auf dem Schauplatz des Krieges und der Politik zugetragen haben.

In seinem vorigen Auftreten liess Wilson eine polenfreundliche Phrase fallen. Diese leere Phrase gab Anlass zu übertriebenen Huldigungen unter der Adresse des amerikanischen Präsidenten. Nun lässt aber der vielberäucherte Wilson die humanitäre Maske fallen und tritt offen gegen die Zentralmächte, folglich gegen die Proklamation v. 5. Nov. gegen die Unabhängigkeit Polens. Uns, Polen, lässt er die leere Phrase, auf die Wagschale der Entente wirft er aber jede mögliche Hilfsleistung der realen Politik.

NOTIZEN.

Politisches.

Kaiser Karl und die Polen. Aus Wien wird berichtet: Die polnischen Mitglieder des Landesausschusses erschienen zur kaiserlichen Audienz in ihren nationalen Kostümen. Da es die einzige Gruppe in nationaler Kleidung war, so lenkte sie die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Der Kaiser beantwortete die an ihn gerichtete Ansprache in deutscher, polnischer und ruthenischer Sprache und unterhielt sich nach Schluss der Audienz längere Zeit mit den Mitgliedern der Deputationen. Der Kaiser informierte sich unter Anderen über das Los der Kriegsflüchtlinge, ihre Unterbringung und dergleichen. Sodann wurden sämtliche Teilnehmer der Deputationen der Kaiserin Zita vorgestellt, die sich gleichfalls über die Verhältnisse des Landes informierte und sich wiederholt an ihren Besuch in Galizien erinnerte.

Vor der Auflösung des Obersten Nationalen Komitees. Vom Sekretariat des Obersten Nationalen Komiiees erhalten wir folgende Mitteilung:

Der Vollzugsausschuss des O. N. K. hat auf der Sitzung vom 29. Januar d. J. folgenden Beschluss gefasst: In dem Schreiben, in welchem das O. N. K. dem Staatsrat seine Glückwünsche übermittelt hat, wurde auch der allgemeinen Ueberzeugung Ausdruck gegeben, dass die zum Grundstock der polnischen Armee gewordenen Legionen von dem Staatsrate zur weiteren Verfügung übernommen werdeu.

Der Staatsrat erwiederte darauf, dass sein nächstes Bestreben sein wird, die Legionen unter seinen Schutz und Fürsorge zu nehmen, und sie zur polnischen Armee werden zu lassen, die die Grenzen und die Ehre des Polnischen Staates bewachen wird.

In Anbetracht dieses wird das O. N. K., mit dem Augenblick der Uebernahme der Legionen durch den Staatsrat, seine prinzipielle

Aufgabe für erschöpft erachten und seine Tätigkeit und Vorhandensein abschliessen. Zwecks Vorbereitung der entsprechenden Anträge wählt der Vollzugsausschuss des O. N. K. einen Unterausschuss und beauftragt denselben, ein hierauf bezügliches Projekt auszuarbeiten und zur Beschlussfassung vorzulegen.

In den Unterausschuss wurden gewählt: die Vorstände der Departements, der Generalsekretär und die Herren: Daszyński, Bardel und Laskownicki.

Die zarische Kommission für polnische Angelegenheiten. Eine Verordnung des Zaren vom 25 Januar d. J. verfügt die Bildung einer besonderen Kommission zur Beratung der polnischen Frage. Den Vorsitz führt der Ministerpräsident, zu den Mitgliedern gehören: der Kriegsminister, der Minister des Inneren, der Minister des Aeusseren, der Finanzminister, der Chef des Generalstabes, der Präsident der Duma und des Staatsrates und eine Reihe besonders berufener Persönlichkeiten, darunter der frühere Minister des Ausseren und jetzige Botschafter in London, Sasonow.

Kongress der Frauenliga in Krakau. Zu Beginn des Februar fand in Krakau ein Kongress der Frauenliga statt. Der Kassenbericht ergab, dass die Einnahmen der Liga vom Juni 1916 bis Januar 1917 im ganzen 61 226 Kronen 42 Heller betragen haben; die Ausgaben beliefen sich auf 50 608 Kronen 90 Heller, der Kassenbestand beträgt demnach 10 421 Kronen 52 Heller.

Frau Szymanowska berichtete über den Fortschritt in der Aufklärungsarbeit der breiten Volksmassen durch die Propaganda der Unabhängigkeitsidee. Dort, wo diese Propaganda unter der Landbevölkerung verbreitet wurde, ist auch der grösste Prozentsatz der freiwilligen Meldungen zum Eintritt in die polnischen Legionen zu verzeichnen. Oesterreichich-Schlesien und die Karpathengegenden beweisen dies.

Frau Filipkowska aus Kielce bemerkte, dass die im Königreich Polen so verbreiteten Frauenligen die wichtigsten Vorposten des Unabhängigkeitsgedankens bilden.

Der Kongress beschloss sodann unter nicht endenwollendem Beifall eine Adresse an den Staatsrat mit folgendem Wortlaut:

„Der am 1. Februar 1917 in Krakau tagende Kongress der Liga polnischer Frauen bringt dem Staatsrat, der ersten Regierung des unabhängigen Polnischen Staates, seine grösste Freude und tiefste Verehrung zum Ausdruck. Wir glauben, dass die auf eine starke, aus den heldenmütigen Legionen entstandene, polnische Armee gestützte polnische Regierung einen gewaltigen und dauernden Bau eines Polnischen Staates aufrichten wird. Wir geloben, bei diesem Vorhaben treue und gehorsame Mitarbeiterinnen zu sein.

Es lebe das unabhängige Polen! Es lebe die polnische Regierung und das polnische Heer!“

Sodaen wurde über die Fürsorge für den polnischen Soldaten und seine Familienangehörigen beraten. Zum Schluss erfolgte ein Referat von Frau Dr. Daszyńska-Golińska über das Genossenschaftswesen.

Polnische Offiziere spenden für den Staatsschatz. Die zur Dienstleistung bei der Heeresabteilung des Staatsrates kommandierten Offiziere der polnischen Armee in Warschau und Piotrków, haben den Beschluss gefasst, sich eine Selbstbesteuerung zu Gunsten der Goldsammlung für den zukünftigen polnischen Staatsschatz aufzuerlegen. Mehrere Tausend Mark wurden gesammelt und dafür 333 Gramm Gold gekauft. Eine Deputation der Offiiziere, mit Kapitän Wyrostek an der Spitze, überbrachte das Gold persönlich dem Direktor der Finanzabteilung, Herrn Staatsrat Drzierzbicki.

Falsche Zahlen. Herr Prof. F. Schwabe, Radeberg, beschäftigt sich in der Zeitschrift „Das Grössere Deutschland" vom 10. Februar d. J., mit der Nationalitätenverteilung in Polen und kommt dabei, angebliche ukrainische Interessen verfechtend, zu einer Reihe gänzlich falscher Folgerungen. Wir verfügen hier nicht über den Raum, um seine Irrtümer nachzuweisen; wir beschränken uns deshalb nur darauf, zu bemerken, dass es eine starke „Ungenauigkeit" ist, wenn Herr Prof. F. Schwabe versichert: „die Volkszählung 1911 stellte 442000 Ruthenen und 416000 Litauer in Polen fest". Wenn Herr Prof. F. Schwabe russische Statistiken benutzen will, so hat er natürlich auch zu wissen, dass die letzte Volkszählung in Russland am 28. Januar 1897 stattgefunden hat. Seitdem ist keine Volkszählung mehr in Russland vorgenommen worden, es wurden nur vom Statistischen Komité in St. Peterburg alljährlich Berechnungen veröffentlicht, die auf Grund der sogenannten „Bewegung der Bevölkerung", d. h. auf Grund der Zugänge der Geburten nnd der Abgänge durch Todesfälle zusammengestellt worden sind. Abwanderungen, Wohnungswechsel und dergl. Veränderungen, die gerade für die Nationalitätenverteilung sehr wichtig sind, konnten hierbei nicht berücksichtigt werden. Jeder erfahrene Statistiker weiss, wie ein derartiges Material zu bewerten ist. Dies trifft ganz besonders zu, wenn interessierte Kreise mit so präparierten Zahlen etwas „beweisen" wollen.

Tod eines Patrioten. Am 30. Jannar 1917 starb in Lemberg Izydor Karlsbad, der greise Enthusiast und warmherzige polnische Patriot, ehemaliger Schüler der Militärschule in Cuneo, polnischer Soldat und Mitkämpfer bei Grochów, Rzeczniów, Stefanków, Obiechów, Rudniki, Iłża, Toporów, Opatów, zuletzt Offizier in den Abteilungen Langiewicz und Czachowski.

Das Begräbnis des letzten Juden-Freiheitskämpfers aus dem Jahre 1863 fand am 1. Februar statt unter starker Teilnahme des Lemberger Publikums; anwesend waren ferner eine Delegation des

Obersten Nationalkomitees, der Legionäre, zahlreiche Vertreter öffentlicher Körperschaften sowie Abgesandte von Vereinen.

Polnische Kriegsgefangene in Bulgarien. Um das Los der russischen Kriegsgefangenen polnischer Nationalität in Bulgarien hat sich das polnische Pressbüro des O. N. K. in Sofia besondere Verdienste und bei der bulgarischen Bevölkerung den Ehrennamen eines „Polnischen Konsulates" erworben. Alle polnischen Kriegsgefangenen wurden von den bulgarischen Behörden in einem besonderen Konzentrationslager untergebracht, wo sie Vergünstigungen und bedingte Bewegungsfreiheit geniessen. Es besteht die Absicht, diese Kriegsgefangenen nach erfolgter Verständigung mit den Mittelmächten nach dem Königreich Polen zu entlassen.

Auch um die Lage der bei Kriegsausbruch in Bulgarien verweilenden russischen Staatsangehörigen polnischer Nationalität hat sich das polnische Pressebüro Verdienste erworben Nach Verhandlungen mit der bulgarischen Regierung gelang es, dieselben vor der drohenden Internierung zu bewahren und einen Modus zu finden, wonach sie nach einer schriftlichen Verzichtleistung auf die russische Staatsangehörigkeit zu Bürgern des Königreichs Polen erklärt wurden und einen entsprechenden amtlichen Ausweis erhielten. Bei der Regelung dieser Angelegenheiten haben ausser den willig entgegenkommenden bulgarischen Behörden auch die Attachés der deutschen und österreichisch-ungarischen Botschaften mitgewirkt, wofür ihnen allen besonderer Dank gebührt.

Die Polen in Tiflis. Das „Nowoje Wremja" berichtet aus Tiflis, dass die dortigen Polen in der letzten Zeit eine sehr rege Tätigkeit entfalten, die offenbar darauf gerichtet ist, sich von jedem Einfluss der kaukasischen russischen Organisationen zu befreien und ein eigenes, nationales Vereinsleben zu begründen. Die Polen in Tiflis wollen nach der „Nowoje Wremja" nichts gemeinsames mehr haben mit ihrer russischen Umgebung, die seit Proklamierung des unabhängigen Polens sehr kühl geworden ist und den polnischen Kriegsflüchtlingen auch keine Unterstützungen mehr zukommen lässt. Auch in zahlreichen anderen polnischen Kolonien in Russland lässt sich nach „Nowoje Wremja" eine ähnliche Erscheinung beobachten.

Ein weisser Rabe. Der dem Namen nach in ganz Polen wohlbekannte Herr Georges Bienaimé hielt am 25. November 1916 in Paris einen Vortrag über: „Das neue Königreich Polen". Die Versammlung war durch die „Ecole des Hautes Etudes Sociales" einberufen Der Vortrag selbst zeichnete sich vor allen sonstigen französischen Meinungsäusserungen durch grosse Sachlichkeit und genaue Informationen über die Zustände in unserem Lande aus, wenn

er auch, soweit die Beleuchtung der letzten Ereignisse in Frage kommt, die Interessen der Entente berücksichtigen musste.

Der Vortrag war ein Glied in der Vortragskette, die unter dem Protektorat des Herrn P. Deschanel, des Vorsitzenden der Deputiertenkammer, veranstaltet wird und Probleme der inneren Politik behandelt.

Der Vortragende wollte die gefühlsmässige Stellungnahme der Polen zu dem Akt des 5. November schildern und sagte am Schlusse: „An diesem Tage haben die beiden Kaiser, der deutsche und der österreichische, durch Vermittlung ihrer Okkupationsbehörden die Absicht kundgegeben, ein unabhängiges, polnisches Staatswesen aufzurichten. Wenn dieses Staatswesen auch nicht alle Polen umfassen soll, so steht doch — die staatliche Unabhängigkeit, die selbständige staatliche Existenz den Träumen der Väter und Vorahnen näher, als die weiteste Autonomie à la mode de M. Cichaczew — darüber gibt es keine Zweifel.“

Wir können hier die Bemerkung nicht unterdrücken, dass die Ansicht des Herrn G. Bienaimé, besonders angesichts der Stellung Englands und Frankreichs zu der polnischen Frage, die beide hier nur die Rolle von Chormitgliedern ihres nordischen Verbündeten spielen, gewissermassen eine Oase in der Wüste bildet. Umsomehr verdient sie daher, unterstrichen zu werden.

Wirtschaftliches.

Die Inbetriebsetzung der polnischen Industrie. Auf der kürzlich in Warschau stattgefundenen Versammlung der Zentrale der polnischen Gewerkschaftsverbände wurde folgende Resolution angenommen: Die Versammlung hofft, dass der Staatsrat, wenn er die Leitung der einzelnen staatlichen Verwaltungsorgane übernimmt, einen besonderen Nachdruck auf die Wiederinbetriebsetzung der polnischen Industrie legen wird. Während die Industrie der kriegführenden Länder in angestrengter Arbeit an Expansion zunimmt, Hindernisse überwindet und den Arbeitern doppelte Löhne gewähren kann, ist die polnische Industrie ruiniert und stillgelegt worden. Die Versammlung fordert den Staatsrat, als die legitime polnische Regierung, auf, alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um die Inbetriebsetzung der polnischen Industrie einzuleiten. Besonders jetzt, während der Bildung einer polnischen Armee, soll die Befriedigung der Bedürfnisse derselben sich vor allen Dingen auf die einheimische Produktion stützen Ebenso können bei Wiederaufbau des zerstörten Landes zahlreiche Zweige unserer Industrie Beschäftigung finden und den Bedarf decken. Die Versammlung spricht ferner die Erwartung aus, dass der Staatsrat so bald wie möglich für die Einführung einer sozialen Arbeiterversicherung sorgen wird.

Kultur.

„Panie" — so lautet ein neues, durch die auf dem östlichen Kriegsschauplatz weilenden deutschen Kriegskorrespondenten geschaffenes Wort. Bei Durchsicht der deutschen illustrierten Zeitschriften und beim Lesen der Schilderungen deutscher Kriegsberichterstatter begegnet man fortgesetzt solchen wunderlichen Wortbildungen, wie „Paniewagen", „Paniepferd", „Paniehaus", „Paniemütze" u. drgl. mehr. Wenn man der Sache auf den Grund geht, so erfährt man, dass „panie" so viel. wie „bäuerlich" bedeuten soll. Der polnische Bauer, wie in der Anrede der Pole überhaupt, sagt zu dem deutschen Soldaten „panie". Es ist dies der Vocativ von „Pan" (deutsch: Herr); er wird polnisch in der Anrede ständig gebraucht und könnte deutsch etwa mit „O Herr" wiedergegeben werden. Da die deutschen Soldaten dieses Wort ständig von den polnischen Bauern hören, so haben sie es ihm schliesslich als Spitznamen verliehen und bezeichnen nun damit auch die weitere Umgebung und die Gegenstände des täglichen Gebrauches des polnischen Bauern. In einer der letzten Nummern der „Woche" finden wir eine Fülle solcher Redeblumen und auch in einer anderen illustrierten deutschen Zeitschrift konnten wir das Kunstwerk eines Kriegsmalers bewundern, das unseren polnischen Bauern und seine Frau darstellt und in der Unterschrift erklärt, dass dies der „panie" ist und dies die „matka".

Da diese Wunderlichkeiten sich wiederholen, so wäre es angebracht, dass die deutschen Zeitschriften, die doch die deutsche Oeffentlichkeit über die polnischen Zustände zuverlässig informieren sollen, und die der polnischen Sprache mächtigen Deutschen die Verfasser und Leser darauf aufmerksam machen, dass diese Wortzusammenstellung sinn- und gedankenlos ist und volle Unkenntniss der polnischen Verhältnisse verrät. Es existiert auch ein „Panieverstand", der sich über diese Art „Völkerkunde" lustig macht und sie bemitleidet.

Eine polnische Zeitung in Sibirien. Aus Stockholm wird berichtet: In Sibirien erschien früher ein bescheidenes polnisches Wochenblatt „Głos Syberyi (Die Stimme Sibiriens)": es wurde bald verboten und der Redakteur, Bułynka, mit 3000 Rubel Strafe belegt. Den Bemühungen des Dumaabgeordneten Harusewicz ist es zu verdanken, dass die Strafe aufgehoben und das Erscheinen einer neuen polnischen Zeitschrift „Polak Syberyjski (Der sibirische Pole)" gestattet wurde.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: L. Maliszewski, Wilmersdorf.
Druck: Adler-Druckerei (F. Załachowski), Berlin-Ch. 2, Grolmanstr. 42.

Pressestimmen über die „Polnischen Blätter".

Aachener Tageblatt, 26 XI 1916.

Seit einem Jahre erscheint in Berlin unter diesem Titel eine von Polen herausgegebene deutsche Zeitschrift. Beseelt von der Idee einer deutsch-polnischen Aussöhnung auf Grund der Wahrung beiderseitiger Interessen, vertritt sie ihr Programm durch hervorragende deutsche und polnische Politiker und Schriftsteller. In jeder Nummer bringt sie ferner Informationen aus dem polnischen Leben. Heutzutage, da die polnische Frage ins letzte Stadium der Behandlung seitens der Zentralmächte getreten ist, gewinnen die „Polnischen Blätter" besondere Bedeutung.

Berliner Tageblatt, Nr. 508:

„Unter der bewährten Redaktion von W. Feldman erscheint seit dem 1. d. M. im Verlage von Karl Curtius zu Berlin eine neue, den Bestrebungen der Polen gewidmete Rundschau unter dem Titel: „Polnische Blätter". Das erste uns vorliegende Heft enthält unter anderem sehr lesenswerte Beiträge.

Die Christliche Welt, Nr. 46.

Polnische Blätter. Es liegen uns die ersten 3 Hefte vor . . . — Sehr unterrichtend. Hierzu die wichtige Schrift von Feldman oben im alphabetischen Verzeichnis.

Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 553 vom 19. II:

Wer sich über Stimmungen und Strömungen, Hoffnungen und Befürchtungen im polnischen Lager unterrichten will, tut gut, die „Polnischen Blätter" zu beachten.

Germania, vom 8. X. 1915:

Der bekannte Vorkämpfer für die Lösung der polnischen Frage — Wilhelm Feldman — gibt im Verlag von Karl Curtius, Berlin, eine Rundschau unter dem Titel „Polnische Blätter" heraus, deren erstes Heft soeben erschienen ist. Aus dem Inhalt erwähnen wir nur die sehr lesenswerten Beiträge usw. Die Zeitschrift wird zur Kenntnis polnischen Wesens in Deutschland beitragen.

Das Grössere Deutschland, Nr. 43.

Herr W. Feldmann, der als herausgeber zeichnet, ist den Lesern unserer Zeitschrift kein Fremder, sein Name bietet eine Gewähr dafür, dass die Zeitschrift im Sinne einer Verständigung zwischen Deutschland und Polen geleistet wird. In diesem Sinne sind auch die Artikel der ersten Nummer gehalten, insbesondere „Unsere Aufgaben" von Prof. v. Jaworski und „Zur deutsch-polnischen Verständigung" von K. v. Srokowski . . .

Kieler Zeitung, Nr. 307, 1916:

„Die Polnischen Blätter, die seit Kurzem in Berlin erscheinen, . . . vertreten die Wünsche, Ansprüche und Hoffnungen der Polen in dieser Entscheidungszeit."

Ostmärkische Kultur, 1916, Heft 1:

Wertvoll sind die Aufsätze, die die im Verlage von Karl Curtius, Berlin W. 35, herausgegebene Zeitschrift „Polnische Blatter" bringt.

Der Panther, Nr. XI. 1915:

Eine interessante Kriegsgründung sind die Polnischen Blätter. Sie bringen von polnischer wie von deutscher und österreichischer Seite interessante Beiträge und lassen alle Stimmen zur Geltung kommen, um die neugeschaffene polnische Frage zu klären.

Strassburger Post, 23. Dezbr. 1915:

Obwohl die Herausgeber offenbar Nationalpolen sind und das autonome Königreich anstreben — wohl im Anschluss an Oesterreich-Ungarn, — wird die Nationalitätenfrage mit möglichster Objektivität behandelt und auf ein gutes Verhältnis zwischen Polen und Deutschen hinzuarbeiten versucht. Wer an dem politischen und nationalen Problem der Polenfrage Interesse nimmt, wird aus diesen Polnischen Blättern Belehrung und wertvolle Aufschlüsse in mancher Hinsicht entnehmen können.

Der Tag, 30. Januar 1916:

Ueber Stimmungen und Strömungen im polnischen Lager unterrichten vortrefflich die „Polnichen Blätter". Die Grundrichtung der Zeitschrift ist die nationalpolnische, aber diese Richtung wird nicht einseitig und engherzig verfolgt, sondern der Herausgeber lässt auch gern wohlmeinende deutsche Stimmen zu Worte kommen und veranlasst sogar Aeusserungen von deutscher Seite.

Die Welt auf Reisen, Nr. 1. 1916:

„Das schwierigste, aber auch das spannendste Problem unserer Zeit, die Frage der Neugestaltung Polens, findet in dieser Zeitschrift eine lichtvolle, lebensprühende Behandlung. Die besten Kenner der Geschichte, der Verhälnisse Polens und seiner Volksseele scharen sich als Mitarbeiter um den Herausgeber".

Die Welt am Montag, 21. August 1916

„Es ist mit Dank zu begrüssen, dass die in Berlin seit fasst Jahresfrist erscheinende Zeitschrift „Poln. Bl." uns . . . einen Einblick in die Haltung eines bestimmten Teiles des Polentums eröffnet. Polen geben die Zeitschrift heraus, deutschfreundlich natürlich, jedoch Männer, denen in erster Linie die bestmögliche Zukunft ihrer eigenen Nation am Herzen liegt".